

„Ihr Grünen,  
Ihr kümmert Euch  
doch nur um  
Eure Frösche.“

„Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte hat zu einer drastischen Zunahme spekulativer Kapitalbewegungen geführt, die sich immer stärker als Risikofaktoren für die Stabilität der globalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen erweisen.“

Woher stammt dieses Zitat? Ähnliche Sätze waren zuletzt aus allen politischen Lagern zu hören. Doch dieses Zitat stammt aus dem grünen Europawahlprogramm. Von 1999. Damals wurden solche Warnungen von der etablierten Wirtschaftspolitik ignoriert oder bekämpft. Wer die freie Entfaltung der globalen Finanzmärkte einschränken wollte, wurde schnell in die linke Ecke gestellt. Nur Wenige, darunter BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, erkannten mit Weitblick die Risiken. Muss es denn stets zur Katastrophe kommen, ehe gehandelt wird?

Vorher wurde nur unterschieden zwischen Arbeitgebern, die in Arbeitsplätze investierten und Arbeitnehmern, die davon ihre Existenz sichern konnten. Jetzt unterscheiden wir eine „Realwirtschaft“, die Arbeitsplätze schafft, und eine Finanzwirtschaft („Irrealwirtschaft“?) deren einziges Ziel die Rendite scheint. Und wenn's schiefeht, dürfen die „kleinen Leute“ um ihre Ersparnisse bangen und die ehrlichen Steuerzahler hilflos zusehen, wie ihre Einzahlungen an „notleidende Banken“ weitergereicht werden. Die „Leistungsträger“ in den Chefetagen sprechen plötzlich nicht mehr von „Verantwortung“, obwohl sich diese in Form von Haftung realisieren sollte. Glaubt nun jemand, dass eine konservativ-neoliberale Regierung, hier ersthaft einschreiten würde? Diskutiert man in Regierungskreisen jetzt etwa über Schadensersatz oder Spekulationssteuern, um



„Nein, auch  
um Deine Kröten!“

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



die verpulverten Steuermilliarden in den nächsten Jahrzehnten irgendwie wieder reinzuholen? Stattdessen werden Steuersenkungen versprochen, um später doch wieder diejenigen Abgaben „anzupassen“, die Selbständige, Arbeitnehmer und Rentner am stärksten treffen. Oder die Probleme werden ausgesessen bis die öffentliche Hand vollends handlungsunfähig sein wird. Dann genießen die Verursacher längst ihre Pensionen, während unsere Kinder und Enkel zur Kasse gebeten werden. (Wer nun aber ernsthaft im Sozialismus das Heilmittel für die Krise sieht, höre den Kabarettisten Dieter Nuhr: „Die Wirtschaft ist zwar am Ende, doch es gibt immer noch Wandfarbe zu kaufen!“)

Sachsen hat mit seiner Landesbank eine unrühmliche Vorreiterrolle gespielt. Während kleinere Unternehmen ihre Hausbanken um Kredite anbetteln müssen, spekulierte die SachsenLB auf dem internationalen Parkett. Das geschah hauptsächlich am Standort Irland, weil dort die Steuern so niedrig sind. Welch negative Vorbildwirkung einer staatlichen Bank! Zeitweise erzielte Gewinne dämpften das Ticken der Zeitbombe. Was hätte man mit SachsenLB-Kapital für die heimische Wirtschaft erreicht, wäre es nur in Sachsen investiert worden!

**Machen Sie Ihre Wahlentscheidung davon abhängig, ob die Verursacher des Schadens zur Verantwortung gezogen werden!** Der Sonderbericht des Sächsischen Rechnungshofs spricht dazu Klartext.

Während zur Bankenrettung die Finanzierungsfrage unkompliziert mit Staatsverschuldung beantwortet wird, hören wir stets, wenn es z.B. um Kinder und Bildung geht: „Wer soll das bezahlen?“ Wenn 10% der Bevölkerung über 50% der Privatvermögen verfügen, kann die ehrliche Antwort nur lauten: **Abgaben und Erbschaftsteuern auf hohe Privatvermögen!** Denn dahinter kann gar nicht so viel Leistung und Verantwortung stehen, wie oft behauptet wird. Bei dieser Logik müssten sie ja alle Millionäre sein: die selbständigen Handwerksmeister und Einzelunternehmer mit 70-Stunden-Wochen und die Ärztinnen, Krankenschwestern und Feuerwehrleute mit Verantwortung für Menschenleben. All diese wahren Leistungsträger werden jedoch durch neoliberale Steuer- und Abgabenpolitik besonders stark belastet.

Dazu eine **Finanzumsatzsteuer** gegen spekulative Geschäfte mit konsequentem Vorgehen gegen Steueroasen, **damit das Geld da bleibt, wo es erwirtschaftet wurde!**

Hierzu können wir auch selbst beitragen – so wie wir in den 90er Jahren zu den „Ostprodukten“ zurückfanden und damit manchem notleidenden Betrieb das Überleben sicherten: z. B. durch Kauf regionaler Produkte anstelle von Steaks aus Argentinien oder Äpfeln aus Neuseeland, z.B. mit Solar- und Holzheizungen im Interesse unseres Handwerks, anstelle Geld für Öl und Gas ins Ausland abfließen zu lassen, womit nicht selten sogar Kriege finanziert werden.

Künftig wird es auch kaum noch eine Rolle spielen, ob ein LKW 15 oder 30 min bis zur Autobahn braucht, wenn der heimischen Industrie der ausbildungsfähige Nachwuchs fehlt. Wir brauchen einen **gesunden Wettbewerb der Bildungseinrichtungen** –

egal ob staatlich oder in freier Trägerschaft – anstelle überbordender Kultusbürokratie.

Wichtiger wird ebenso die **Sicherung der ärztlichen Versorgung** – Patienten brauchen Ärzte und keine Pharmalobby sowie eine gerechte Bürgerversicherung wie in der Schweiz anstelle hunderter Krankenkassen.

Nicht zuletzt geht es darum **zu bewahren, was uns erhält**: Die Natur, die uns umgibt und ernährt! Dazu gehört die Wertschätzung von Lebensmitteln, die eben nicht im Supermarkt nachwachsen und einfach in der Mülltonne landen sollten. Dazu gehört die Erhaltung der einheimischen Artenvielfalt und deren genetische Stabilität gegen Wetterextreme und Krankheitsepidemien. Und dazu ge-

hört beispielsweise auch, dass wir uns um Lebensräume für Frösche und Kröten kümmern, die wichtige Bausteine unseres Ökosystems sind.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger des Landtags-Wahlkreises Annaberg, ich möchte Sie zum Nachdenken anregen für eine bewusste Wahlentscheidung am 30. August – vor allem, überhaupt wählen zu gehen! Das Wahlrecht mussten wir vor 20 Jahren herbeidemonstrieren, und ich darf mich glücklich schätzen, damals schon da beigewesen zu sein. Wer nicht wählt, trägt Mitschuld, dass alles bleibt, wie es ist!

Ich bitte deshalb um Ihre Erststimme als Direktkandidat und **um Ihre Zweitstimme** als Listenbewerber für BÜNDNIS

90/ DIE GRÜNEN.

Mit einem herzlichen Glück Auf! aus Mildenau verbleibe ich

**Bert Meyer**



#### Biographie

Jahrgang 1975, Dipl.-Verwaltungswirt/ Fachrichtung Staatsfinanz, Tätigkeit u.a. bei der Oberfinanzdirektion Chemnitz und im sächsischen Finanzministerium als Regierungsinspektor z.A.,

1999 auf eigenen Wunsch Entlassung aus dem Beamtenverhältnis und seitdem Hauptamtsleiter bei der Stadtverwaltung Marienberg. Seit 2004 zudem Gemeinderatsmitglied in Mildenau.

Hobbies: Rockmusik, Wintersport, Bergwandern, Radfahren

Diskutieren Sie mit mir: [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)  
[bert.meyer@gruene-erzgebirge.de](mailto:bert.meyer@gruene-erzgebirge.de), Tel. 03733/555502

Lernen Sie uns kennen: [www.gruene-erzgebirge.de](http://www.gruene-erzgebirge.de)

Wahlprogramme Land und Bund:

[www.gruene-sachsen.de](http://www.gruene-sachsen.de), [www.gruene.de](http://www.gruene.de)

Regionalgeld (im Aufbau befindlich): [www.erzregio.de](http://www.erzregio.de)

Volkswirtschaftler und Europaabgeordneter Sven Giegold zur Finanzwirtschaft:

[www.bewegungswerkstatt.org/giegold/](http://www.bewegungswerkstatt.org/giegold/)